

In der Erkenntnis, daß die Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland sowie der beschleunigte Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der darauffolgende Abzug aller Besatzungstruppen das dringendste Gebot der Stunde ist, begrüßen wir die Initiative unserer Regierung, die in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Grotewohl vor der 11. außerordentlichen Sitzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck kommt. Die Tatsache, daß trotz der Ablehnung aller früheren Vorschläge die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erneut mit einem Appell an den Bundestag vor die gesamte Weltöffentlichkeit treten, ist ein Beweis, daß die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, von tiefer Sorge um den Frieden erfüllt, jeden Schritt zur Verständigung zu tun bereit sind. Wir Abgeordneten bekennen uns einmütig zu dem von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik an den Bundestag der Bundesrepublik gemachten Vorschlag einer gesamtdeutschen Beratung, die folgende Aufgaben zu erfüllen hat:

1. Für ganz Deutschland freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands festzulegen.

2. Den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland zu verlangen.

Es ist notwendig, die Bevölkerung in ganz Deutschland für die Unterstützung des Appells der Volkskammer zu mobilisieren. Deshalb wird beschlossen:

1. Der Sächsische Landtag nimmt sofort mit allen Landtagen der Bundesrepublik Verbindung auf, um die Abgeordneten vom Appell der Volkskammer in Kenntnis zu setzen und an ihre patriotische Pflicht zur Unterstützung dieser Vorschläge zu appellieren.
2. Jeder Abgeordnete des Sächsischen Landtages stellt sich für die Aufklärungsarbeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zur Verfügung, um die Regierungserklärung und den Appell der Volkskammer dem letzten Einwohner im Lande Sachsen zu erläutern und dadurch alle Kräfte unseres Volkes zum verstärkten Kampf um den Frieden, die Einheit Deutschlands sowie die Erfüllung unserer Wirtschaftspläne zu mobilisieren. Der Landtag fordert die Kreistage, Stadt- und Gemeindeparlamente auf, die Kreis- und Ortsausschüsse der Nationalen Front bei der zu leistenden Aufklärungsarbeit gleichfalls zu unterstützen.
3. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages rufen ihre Wähler auf, den Briefwechsel mit Westdeutschland in erheblichem Umfange zu verstärken und noch mehr, als es bisher geschehen ist, Korrespondenzkreise zu bilden.
4. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages rufen die Bevölkerung des Landes Sachsen auf, sich mit den streikenden Metallarbeitern in Westdeutschland solidarisch zu erklären und sie in ihrem Kampf materiell zu unterstützen, denn dieser Streik richtet sich gegen den wiedererstehenden deutschen Imperialismus und die damit verbundene Remilitarisierung. Er ist ein Streik zur Sicherung der elementarsten Lebensrechte, die durch die Kriegsvorbereitungen eingeschränkt werden. Der Streik der hessischen Metallarbeiter ist damit ein Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Erringung der Einheit Deutschlands.

5. Um unsere Deutsche Demokratische Republik weiter zu festigen, werden die Abgeordneten des Sächsischen Landtages und alle Verwaltungsangestellten im Lande Sachsen noch engeren Kontakt mit der Bevölkerung herstellen und sich noch mehr als bisher für die Behebung ihrer Sorgen und Nöte einsetzen. Der Landtag ruft alle gewählten Vertreter im Lande Sachsen auf, in gleicher Weise verstärkt mitzuarbeiten.

Die große Kampflosigkeit aller patriotischen Deutschen ist:

Wer den Frieden erhalten und sichern will, unterstützt diese Vorschläge und hilft bei der Verwirklichung der Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Volkskammer.

Wie die Tagesordnung besagt, meine Damen und Herren, steht gleichfalls beim zweiten Punkt, der mit dem ersten behandelt wird, eine weitere Entschließung sämtlicher Fraktionen des Hauses mit zur Diskussion. Ich darf Ihnen auch diese Entschließung mit bekanntgeben. Sie trägt die Drucksache Nr. 93.

Entschließung des Sächsischen Landtages zum Weißbuch des Nationalrates.

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat Anfang August 1951 dem deutschen Volk und allen friedliebenden Völkern in dem Weißbuch eine Dokumentensammlung übergeben.

In diesen Dokumenten kommt zum Ausdruck, daß die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs beabsichtigen, die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht sofort zu verfügen. Auf der Konferenz in Washington ist nunmehr die Einigung der Regierungen der drei Westmächte über die genauen Bedingungen der Remilitarisierung Westdeutschlands und seiner Eingliederung in den kriegerischen Nordatlantikkpakt erreicht worden. Dieses Washingtoner Kriegsdiktat ist für alle friedliebenden Menschen, besonders aber für das deutsche Volk, der höchste Alarmruf.

Das Weißbuch enthält eine Fülle authentischen, unwiderlegbaren Beweismaterials und zeigt unter anderem klar auf, daß die westdeutsche Separatregierung bereits dazu übergegangen ist, alle organisatorischen, politischen und wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Errichtung der deutschen Wehrmacht zu treffen. Aus den Tatsachen, die das Weißbuch enthält, ist die große Gefahr zu erkennen, die den Völkern durch das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus unmittelbar droht.

Alle friedliebenden Menschen, insbesondere alle Abgeordneten, Funktionäre, demokratischen Parteien und Organisationen müssen jetzt eingedenk ihrer hohen Verantwortung dafür sorgen, daß der Bevölkerung der Inhalt des Weißbuches erläutert wird. Dadurch soll das deutsche Volk befähigt werden, die Kriegsvorbereitungen des anglo-amerikanischen Imperialismus zu entlarven und die Erhaltung des Friedens in seine Hand zu nehmen.

Aus diesem Grunde beschließt der Sächsische Landtag folgende Maßnahmen:

1. Mit allen Abgeordneten des Sächsischen Landtages ist sofort eine Schulung über das Weißbuch durchzuführen. Der Landtag empfiehlt allen Kreistagen und Gemeindevertretungen, die gleiche Schulung durchzuführen. Alle Abgeordneten des Sächsischen Landtages behandeln in seminaristischer Form das Weißbuch in den Aufklärungslokalen.
3. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages verpflichten sich, die FDJ bei der Vorbereitung